

Mitteilungsblatt Nr. 199

Grundordnung der Hochschule Lausitz (FH)

Vorsitzender des Senats
06.12.2010

Aufgrund der §§ 5; 62 Abs. 2 Ziffer 2; 89 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg vom 18.12.2008 (GVBl. I S. 318) hat der Senat der Hochschule Lausitz (FH) folgende Grundordnung erlassen.

Vorbemerkung zum Sprachgebrauch

Die Bezeichnung weiblicher und männlicher Personen durch jeweils eine Form in der nachstehenden Grundordnung bringt den Auftrag der Hochschule, im Rahmen ihrer Aufgaben die verfassungsrechtlich gebotene Gleichstellung von Frau und Mann zu verwirklichen, sprachlich nicht angemessen zum Ausdruck. Auf die Verwendung von Doppelformen oder anderen Kennzeichnungen für weibliche und männliche Personen wird jedoch verzichtet, um die Lesbarkeit und Übersichtlichkeit zu wahren. Mit allen im Text verwendeten Personenbezeichnungen sind stets beide Geschlechter gemeint.

Präambel

Die Hochschule Lausitz (FH) nachstehend - Hochschule - genannt fühlt sich humanistischen Grundsätzen und ihrem Leitbild verpflichtet. Hochschullehre und -forschung auf hohem internationalen Niveau sind ihre Aufgaben.

Die Mitglieder und Angehörigen der Hochschule bekennen sich zum Wohle der Hochschule zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit aller Gruppen in den Gremien und in der gesamten Hochschule.

Diese Grundordnung regelt die Grundsätze der Zusammenarbeit der Mitglieder und der Angehörigen der Hochschule.

Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Name und Sitz

Die Hochschule Lausitz mit Sitz in Senftenberg und den Standorten Senftenberg und Cottbus trägt den Namen „Hochschule Lausitz (FH)“. Als englischsprachige Bezeichnung wird „Lausitz University of Applied Sciences“ verwendet.

§ 2 Rechtsstellung der Hochschule

(1) Die Hochschule ist eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts und zugleich eine staatliche Einrichtung. Im Rahmen der Gesetze und dieser Grundordnung verwaltet sie ihre Angelegenheiten selbst.

(2) Die Hochschule erfüllt gem. § 5 Abs. 3 BbgHG (Gesetz über die Hochschulen des Landes Brandenburg) ihre Aufgaben, auch soweit es sich um staatliche Angelegenheiten handelt, durch eine Einheitsverwaltung.

§ 3 Mitglieder und Angehörige

- (1) Mitglieder der Hochschule sind die an der Hochschule nicht nur vorübergehend oder gastweise hauptberuflich Tätigen sowie die eingeschriebenen Studierenden. Hauptberuflich ist die Tätigkeit, wenn die Arbeitszeit oder der Umfang der Dienstaufgaben mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit oder die Hälfte des durchschnittlichen Umfangs der Dienstaufgaben des entsprechenden vollbeschäftigten Personals beträgt. Nicht nur vorübergehend ist eine Tätigkeit, die auf mehr als sechs Monate innerhalb eines Jahres angelegt ist.
- (2) Die anderen an der Hochschule Tätigen sind Angehörige der Hochschule. Professoren werden nach Eintritt in den Ruhestand Angehörige der Hochschule, soweit sie Lehrveranstaltungen abhalten.
- (3) Der Präsident kann auf Antrag des zuständigen Fakultätsrates einem Honorarprofessor den Status eines Mitgliedes der Gruppe der Hochschullehrer verleihen, wenn er die Voraussetzungen nach § 39 BbgHG erfüllt sowie Aufgaben der Hochschule in Forschung und Lehre selbstständig wahrnimmt.

§ 4 Allgemeine Grundsätze der Mitwirkung

- (1) Die Mitwirkung an der Selbstverwaltung ist Recht und Pflicht aller Mitglieder der Hochschule.
- (2) Für die Vertretung in den nach Mitgliedsgruppen zusammengesetzten Gremien bilden die Hochschullehrer, die Akademischen Mitarbeiter, die Studierenden und die sonstigen Mitarbeiter je eine Gruppe. Näheres regelt § 59 Abs. 1 BbgHG.

§ 5 Wahlen

- (1) Die Vertreter der Mitgliedsgruppen in den Organen der Hochschule werden in freier, gleicher und geheimer Wahl von den jeweiligen Mitgliedsgruppen in der Regel nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl gewählt.
- (2) Von der personalisierten Verhältniswahl kann abgesehen werden, wenn wegen der überschaubaren Zahl von Wahlberechtigten in einer Mitgliedergruppe die Mehrheitswahl angemessen ist.
- (3) Angehörige der Hochschule haben nur aktives Wahlrecht.
- (4) Näheres regeln die Wahlordnung der Hochschule und die Wahlordnung der Studierendenschaft.

§ 6 Öffentlichkeit

- (1) Die Gremien tagen öffentlich, soweit das BbgHG und diese Grundordnung nichts anderes bestimmen. Sie können den Ausschluss der Öffentlichkeit zur Vermeidung von Störungen beschließen.
- (2) Die Mitglieder und Angehörigen der Hochschule sind regelmäßig über die Tätigkeit der Gremien zu unterrichten.
- (3) Personal- und Prüfungsangelegenheiten werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt. Entscheidungen über Personalangelegenheiten erfolgen in geheimer Abstimmung.

§ 7 Geschäftsordnung, Beschlussfähigkeit, Abstimmungen

(1) Die Gremien geben sich eine Geschäftsordnung. Ersatzweise gilt die Geschäftsordnung des Senats.

(2) Die Gremien sind beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer stimmberechtigten Mitglieder und die Mehrheit ihrer stimmberechtigten Hochschullehrer anwesend sind.

(3) Soweit nicht das BbgHG und diese Grundordnung andere Vorschriften enthalten, erfolgt die Stimmabgabe durch Handzeichen. Es entscheidet die einfache Mehrheit. Einfache Mehrheit im Sinne dieser Grundordnung ist mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen.

(4) Die absolute Mehrheit ist erforderlich zur Entscheidung:

- über die Grundordnung,
- in grundsätzlichen Fragen der Lehre, der Forschung, des Studiums und der Prüfungen sowie der Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses,
- über den Entwicklungsplan der Hochschule,
- über das Leitbild der Hochschule,
- über die Vorschläge der Fakultäten für die Berufung von Hochschullehrern.

(5) Beschlüsse sind in begründeten Angelegenheiten im Umlaufverfahren zulässig. Ausgenommen sind Entscheidungen in Personalangelegenheiten. Das Nähere regeln die Geschäftsordnungen.

(6) Stimmenthaltungen bleiben bei der Feststellung der Entscheidung unberücksichtigt.

Leitung der Hochschule

§ 8 Präsidialkollegium

Das Präsidialkollegium setzt sich zusammen aus:

- dem Präsidenten als Vorsitzenden,
- den Vizepräsidenten und
- dem Kanzler.

§ 9 Präsident

(1) Der Präsident leitet die Hochschule in eigener Zuständigkeit und Verantwortung und vertritt sie nach außen. Er legt gegenüber dem Senat der Hochschule jährlich sowie auf dessen begründetes Verlangen Rechenschaft über die Erfüllung seiner Aufgaben ab und ist in Bezug auf die Erfüllung seiner Aufgaben dem Senat zur umfassenden Information und Auskunft verpflichtet.

(2) Der Präsident ist für alle Aufgaben der Hochschulen zuständig, soweit das BbgHG nichts anderes bestimmt.

(3) Der Präsident kann an den Sitzungen der Organe der Hochschule teilnehmen, hat Rede- und Antragsrecht, ist über ihre Beschlüsse unverzüglich zu unterrichten und hat sie zu beanstanden, wenn sie rechtswidrig sind. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Wird der Beanstandung nicht abgeholfen, so kann das Verfahren gemäß § 5 Absatz 5 BbgHG dem für die Hochschule zuständigen Mitglied der Landesregierung vorgelegt werden.

- (4) Dem Präsidenten gebührt die Ehrenbezeichnung „Magnifizenz“.
- (5) Sofern der Präsident Professor an der Hochschule Lausitz ist, kann er sich Rektor nennen.

§ 10 Wahl und Amtszeit des Präsidenten

- (1) Der Präsident wird vom Senat der Hochschule für die Dauer von 6 Jahren gewählt und von dem für die Hochschule zuständigen Mitglied der Landesregierung bestellt. Die Wiederwahl ist zulässig.
- (2) Zum Präsidenten kann gewählt werden, wer die in § 63 Abs. 3 BbgHG genannten Voraussetzungen erfüllt. Dabei ist auf Hochschulerfahrung, eine hohe Reputation und Leitungserfahrung Wert zu legen.
- (3) Die Ausschreibung zur Wahl des Präsidenten soll spätestens 6 Monate vor Ablauf der Amtszeit des Präsidenten erfolgen.
- (4) Die Bewerbungsfrist muss mindestens 4 Wochen betragen. Die Bewerbung muss schriftlich erfolgen.
- (5) Der Landeshochschulrat schlägt im Benehmen mit dem Senat die Kandidaten zur Wahl des Präsidenten vor.
- (6) Die vorgeschlagenen Kandidaten werden vom Vorsitzenden des Senats schriftlich zur hochschulöffentlichen Präsentation und zu einem Diskurs mit den Mitgliedern des Senats eingeladen.
- (7) Unverzüglich nach Ablauf der Präsentation und des Diskurses wählt der Senat die Person des Präsidenten.
- (8) Der Präsident wird von den stimmberechtigten Mitgliedern des Senats mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder gewählt. Kommt im ersten Wahlgang die Stimmenmehrheit nicht zustande, so reicht im zweiten Wahlgang die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder. Kommt hiernach eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so genügt im dritten Wahlgang für die Entscheidung die Mehrheit der abgegebenen Stimmen der stimmberechtigten Mitglieder. Bei Stimmengleichheit im dritten Wahlgang erfolgt nach einer Frist von 14 Tagen die Wiederholung des Wahlverfahrens.
- (9) Der Vorsitzende des Senats leitet das Wahlergebnis und die Bewerbungsunterlagen des gewählten Kandidaten dem für die Hochschule zuständigen Mitglied der Landesregierung zu.

§ 11 Vizepräsidenten

- (1) Dem Präsidialkollegium gehören in der Regel zwei Vizepräsidenten an.
- (2) Die Amtszeit der Vizepräsidenten beträgt drei Jahre. Die Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Die Vizepräsidenten werden vom Präsidenten aus dem Kreis der Mitglieder der Hochschule bestimmt. Der Senat nimmt Stellung zum Vorschlag des Präsidenten. Zum Vizepräsidenten kann bestimmt werden, wer die in § 63 Abs. 3 BbgHG Satz 1 genannten Voraussetzungen erfüllt.
- (4) Der Präsident legt die Aufgabenbereiche der Vizepräsidenten fest.
- (5) Der Präsident wird in akademischen Angelegenheiten von einem Vizepräsidenten vertreten. Der Präsident regelt die wechselseitige Stellvertretung der Vizepräsidenten.

(6) Im Falle des § 9 Abs. 5 der Grundordnung führen die Vizepräsidenten die Bezeichnung Prorektoren.

(7) Den Vizepräsidenten gebührt die Ehrenbezeichnung „Honorabilis“.

§ 12 Kanzler

(1) Der Kanzler leitet die Verwaltung der Hochschule unter der Verantwortung des Präsidenten. Er ist Beauftragter für den Haushalt.

(2) Der Kanzler wird vom Präsidenten für die Dauer von sechs Jahre bestellt, erneute Bestellungen sind möglich. Zum Kanzler kann bestellt werden, wer die Voraussetzungen des § 65 Abs. 3 BbgHG erfüllt.

(3) Der Präsident wird in Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten einschließlich Haushalts-, Bau- und Personalangelegenheiten durch den Kanzler vertreten.

Senat

§ 13 Senat

(1) Dem Senat obliegen folgende Aufgaben:

- Erlass und Änderung der Grundordnung,
- Erlass und Änderung sonstiger Satzungen der Hochschule, soweit nicht die Zuständigkeit anderer Organe und Fakultäten begründet ist,
- Wahl und Abwahl des Präsidenten,
- Aufsicht über den Präsidenten, insbesondere in Bezug auf den Rechenschaftsbericht und die Entlastung des Präsidenten sowie in Bezug auf den Entwurf des Haushaltsplanes,
- Erlass und Änderung des Leitbildes der Hochschule.

(2) Der Senat entscheidet:

- in grundsätzlichen Fragen der Lehre, der Forschung, des Studiums und der Prüfungen sowie der Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses,
- über den Entwicklungsplan der Hochschule und über die Vorschläge der Fakultäten für die Berufungen von Hochschullehrern.

(3) Der Senat nimmt Stellung:

- zu den Satzungen der Fakultäten,
- zu den Entscheidungen betreffend die Gründung und Auflösung von Studiengängen und Fakultäten.

§ 14 Struktur und Wahl des Senats

(1) Der Senat besteht aus elf stimmberechtigten Mitgliedern:

- sechs Vertreter der Hochschullehrer,
- zwei Vertreter der Studierenden,
- zwei Vertreter der akademischen Mitarbeiter,
- ein Vertreter der sonstigen Mitarbeiter.

(2) Dem Senat gehören mit beratender Stimme an:

- die Mitglieder des Präsidialkollegiums,

- die Gleichstellungsbeauftragte,
- der Beauftragte für Behinderte.

(3) Beratungen über Struktur- und Entwicklungspläne der Hochschule sowie über Angelegenheiten

grundsätzlicher Art können in Anwesenheit von sachkundigen externen Persönlichkeiten erfolgen. Sachkundige externe Persönlichkeiten haben beratende Funktion; sie werden auf Vorschlag des Präsidenten vom Senat bestellt.

(4) Der Präsident, die Gleichstellungsbeauftragte und der Beauftragte für Behinderte haben Antrags- und Rederecht, sie haben das Recht zur Stellungnahme.

(5) Die stimmberechtigten Mitglieder des Senats wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden sowie dessen Stellvertreter.

(6) Die stimmberechtigten Mitglieder des Senats werden entsprechend der Wahlordnung der Hochschule gewählt. Näheres regelt die Wahlordnung der Hochschule.

(7) Die Amtszeit der Studierenden beträgt ein Jahr. Die Amtszeit der übrigen gewählten Mitglieder beträgt drei Jahre. Näheres regelt die Wahlordnung der Hochschule.

(8) Die Öffentlichkeit kann durch Beschluss mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder ausgeschlossen werden. Über den Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt.

(9) Entscheidungen in Personalangelegenheiten ergehen unter Ausschluss der externen Persönlichkeiten.

(10) Der Vorsitzende des Senats sowie dessen Stellenvertreter kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder des Senats abgewählt werden. Vor Einleitung des Abwahlverfahrens ist dem Vorsitzenden des Senats bzw. dessen Stellvertreter die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben. Die Abwahl erfolgt mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums, dem ein Wahlvorschlag aus dem Kreis der stimmberechtigten Senatsmitglieder vorangeht.

§ 15 Senatsausschüsse

(1) Entscheidungen des Senats können durch sachverständige Ausschüsse vorbereitet werden. Der Senat kann Beschlussvorlagen der Ausschüsse durch Beschluss ändern, andernfalls gelten die Beschlussvorlagen als vom Senat gebilligt. Das Präsidialkollegium kann den sachverständigen Ausschüssen auch Angelegenheiten unterbreiten, zu denen es ihre Beratung als sinnvoll erachtet. Die Vertreter der Gruppen in den sachverständigen Ausschüssen werden von den Vertretern der Gruppen im Senat gewählt.

(2) § 6 dieser Grundordnung (Öffentlichkeit) gilt entsprechend.

Fakultäten

§ 16 Fakultäten

(1) Die Hochschule gliedert sich in Fakultäten. Über die Einrichtung oder Auflösung von Fakultäten entscheidet der Präsident nach Anhörung des Senats.

(2) Die Fakultäten sind organisatorische Grundeinheiten der Hochschule für Lehre und Forschung.

(3) Organe der Fakultät sind der Fakultätsrat und der Dekan.

§ 17 Aufgaben der Fakultät

(1) Aufgaben der Fakultäten sind:

- Erlass von Satzungen der Fakultät,
- Entscheidungen über die Struktur- und Entwicklungsplanung der Fakultät,
- Vorschläge für die Leitung wissenschaftlicher Einrichtungen und Betriebseinheiten von Fakultätseinrichtungen,
- Entscheidung über Berufungsvorschläge,
- Mitwirkung an der Evaluation und Koordination von Lehre und Forschung in der Fakultät.
- Aufsicht über den Dekan
- Wahl und Abwahl des Dekans und seiner Vertretung.

(2) Die Fakultäten erhalten grundsätzlich die sachlichen und personellen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Die Budgetzuweisung erfolgt jährlich nach Leistungsparametern.

§ 18 Mitglieder der Fakultät

(1) Mitglied der Fakultät ist, wer hauptberuflich in der Fakultät tätig ist oder wer in einem Studiengang immatrikuliert ist, dessen Durchführung der Fakultät obliegt.

(2) Studierende, die an mehreren Fakultäten studieren, bestimmen bei der Immatrikulation oder bei ihrer Rückmeldung, in welcher Fakultät sie wählbar und wahlberechtigt sein wollen.

(3) Die Fakultätszugehörigkeit einer Professur kann vom Präsidenten im Benehmen mit dem Senat geändert werden. Die schriftliche Stellungnahme des Inhabers der Professur, der aufnehmenden und abgebenden Fakultät und des Präsidenten sind dem Senat zur Stellungnahme vorzulegen.

§ 19 Dekan

(1) Der Dekan leitet die Fakultät und vertritt sie innerhalb der Hochschule. Er ist für alle Aufgaben der Fakultät zuständig, soweit das BbgHG nichts anderes bestimmt. Er ist insbesondere für die Studien- und Prüfungsorganisation und die Koordinierung von Lehre und Forschung verantwortlich. Der Dekan stellt das Lehrangebot sicher, das zur Einhaltung der Studienordnungen erforderlich ist. Er wirkt darauf hin, dass die Mitglieder und Angehörigen der Fakultät ihre Aufgaben wahrnehmen und ist gegenüber den Hochschullehrern in Angelegenheiten der Lehr- und Prüfungsorganisation weisungsbefugt.

(2) Der Dekan entscheidet über den Einsatz der Mitarbeiter der Fakultät.

(3) Der Dekan stellt Konzepte für die Entwicklung der Fakultät auf und schlägt dem Fakultätsrat die Bildung von Fakultätseinrichtungen vor.

(4) Der Dekan verteilt Mittel und Stellen unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Evaluation von Lehre und Forschung aus den der Fakultät zu Verfügung stehenden Mitteln an die Fakultätseinrichtungen.

(5) Er erstattet jährlich einen Lehr- und Forschungsbericht an den Präsidenten.

(6) Dem Dekan gebührt im Amt die Ehrenbezeichnung „Spektabilität“.

§ 20 Wahl und Amtszeit des Dekans

(1) Der Dekan wird auf Vorschlag des Präsidenten vom Fakultätsrat aus dem Kreis der der Fakultät angehörenden Hochschullehrer für die Dauer von vier Jahren gewählt. Die Wahl des Dekans bedarf außer der Mehrheit der Mitglieder des Fakultätsrats auch der Mehrheit der abgegebenen Stimmen der dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrer. Kommt hiernach eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so genügt für die Entscheidung in einem dritten Wahlgang die Mehrheit der abgegebenen Stimmen der dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrer. Die Wiederwahl ist zulässig.

(2) Der Dekan kann abgewählt werden. Die Abwahl kann nur dadurch erfolgen, dass der Fakultätsrat auf der Grundlage eines Wahlvorschlags des Präsidenten einen Nachfolger wählt. Die Abwahl bedarf außer der Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Fakultätsrates auch der Zweidrittelmehrheit der dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrer. Vor der Einleitung des Abwahlverfahrens sind dem Präsidenten schriftlich die Gründe des Abwahlbegehrens mitzuteilen und dem Dekan die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(3) Im Falle der Abwahl des Dekans ist unverzüglich die Wahl eines neuen Dekans gemäß Abs. 1 durchzuführen.

§ 21 Dekanat

(1) Das Dekanat besteht aus dem Dekan, dem Prodekan und aus einem oder mehreren Studiendekanen. In Abwesenheit des Dekans vertritt der Prodekan die Fakultät.

(2) Der Studiendekan nimmt im Rahmen der Gesamtverantwortung des Dekans die mit Lehre und Studium zusammenhängenden Aufgaben der ihm zugeordneten Studiengänge wahr. Der Studiendekan berichtet dem Fakultätsrat jährlich über die quantitative und qualitative Erfüllung der Aufgaben der ihm zugeordneten Studiengänge in der Lehre.

§ 22 Wahl und Amtszeit des Prodekans und des Studiendekans

(1) Der Prodekan und die Studiendekane werden auf Vorschlag des Dekans aus dem Kreis der der Fakultät angehörenden Hochschullehrer für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Jede Fachrichtung stellt einen Studiendekan. Die Wahl des Prodekans und der Studiendekane bedürfen außer der Mehrheit der Mitglieder des Fakultätsrates auch der Mehrheit der abgegebenen Stimmen der dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrer. Kommt hiernach eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so genügt für die Entscheidung in einem dritten Wahlgang die Mehrheit der abgegebenen Stimmen der dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrer. Die Wiederwahl ist zulässig.

(2) Für die Abwahl des Prodekans und des Studiendekans gilt § 20 Abs. 2 und 3 entsprechend.

§ 23 Fakultätsrat

(1) Der Fakultätsrat hat folgende Aufgaben:

- Erlass von Satzungen der Fakultät,
- Entscheidungen über die Struktur- und Entwicklungsplanung der Fakultät,
- Vorschläge für die Leitung wissenschaftlicher Einrichtungen und Betriebseinheiten von Fakultätseinrichtungen,

- Wahl der Mitglieder von Berufungskommissionen,
 - Entscheidungen über Berufungsvorschläge,
 - Mitwirkung an der Evaluation und Koordination von Lehre und Forschung in der Fakultät,
 - Wahl und Abwahl des Dekans, Prodekan und der Studiendekane.
- (2) Der Fakultätsrat kann dem Präsidenten Anträge gem. § 58 Abs. 3 BbgHG unterbreiten.
- (3) Die Aufgaben des Senats, des Präsidenten und des Dekans nach dem BbgHG bleiben hiervon unberührt.
- (4) Der Dekan, der Prodekan, die Studiendekane, das Mitglied des Präsidialkollegiums, die Gleichstellungsbeauftragte und der Beauftragte für Behinderte haben Antrags- und Rede-recht, sie haben das Recht zur Stellungnahme.

§ 24 Struktur und Wahl des Fakultätsrates

- (1) Der Fakultätsrat besteht aus elf stimmberechtigten Mitgliedern:
- sechs Vertreter der Hochschullehrer,
 - zwei Vertreter der akademischen Mitarbeiter,
 - zwei Vertreter der Studierenden,
 - ein Vertreter der sonstigen Mitarbeiter.
- (2) Dem Fakultätsrat gehören mit beratender Stimme an:
- der Dekan und der Prodekan,
 - ein Mitglied des Präsidialkollegiums,
 - die Gleichstellungsbeauftragte,
 - der Beauftragte für Behinderte.
- (3) § 14 Abs. 3 bis 10 dieser Grundordnung gelten analog.

Wissenschaftliche Einrichtungen

§ 25 Fakultätseinrichtungen, Zentrale Einrichtungen, Zentrale Betriebseinheiten

- (1) Wissenschaftliche Einrichtungen dienen der Wahrnehmung der Aufgaben der Hochschule im Bereich von Lehre, Forschung, Studium und Weiterbildung. Ihre Einrichtung und Gestaltung ist der für die Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde anzuzeigen.
- (2) Wissenschaftliche Einrichtungen können unter der Verantwortung einer Fakultät oder mehrerer Fakultäten gebildet werden, soweit und solange für die Durchführung einer Aufgabe in größerem Umfang Stellen und Mittel einer Fakultät bereitgestellt werden müssen (Fakultätseinrichtungen).
- (3) Wissenschaftliche Einrichtungen können auch außerhalb einer Fakultät unter der Verantwortung des Präsidenten gebildet und aufgelöst werden (Zentrale Einrichtungen). Wissenschaftliche Einrichtungen entscheiden über den Einsatz der Mitarbeiter und die Verwendung der Mittel, die ihnen zugewiesen sind.

(4) Die Leitung wissenschaftlicher Einrichtungen wird bei Fakultätseinrichtungen vom Dekan auf Vorschlag des Fakultätsrates, bei Zentralen Einrichtungen vom Präsidenten auf Vorschlag des Senats bestellt.

(5) Wissenschaftliche Einrichtungen sollen befristet von einem oder mehreren Hochschullehrern geleitet werden.

§ 26 An-Institute

(1) Die Hochschule kann eine wissenschaftliche Einrichtung außerhalb der Hochschule, die insbesondere in den Bereichen Forschung, Lehre, Studium, Wissens- und Technologietransfer oder Weiterbildung tätig ist, als wissenschaftliche Einrichtung an der Hochschule anerkennen, wenn die wissenschaftliche Einrichtung den auf den Gebieten der Lehre, des Studiums oder der wissenschaftlichen Weiterbildung zu stellenden Anforderungen genügt, insbesondere die Grundsätze der Wissenschaftsfreiheit beachtet werden, die Aufgaben von der Hochschule nicht angemessen wahrgenommen werden können und die Finanzierung der wissenschaftlichen Einrichtungen nicht mit Haushaltsmitteln der Hochschule erfolgt.

(2) An-Institut und Hochschule wirken nach Maßgabe einer Kooperationsvereinbarung zusammen, die der für die Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde rechtzeitig vor Wirksamwerden anzuzeigen ist.

(3) Durch die Anerkennung werden die rechtliche Selbstständigkeit der wissenschaftlichen Einrichtung und die Rechtsstellung ihrer Bediensteten nicht berührt.

§ 27 Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten für mehrere Hochschulen

(1) Die Hochschule kann gemeinsame wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten mit Hochschulen innerhalb und außerhalb des Landes Brandenburg errichten. Die Regelungen über den Abschluss länderübergreifender oder internationaler Vereinbarungen und Abkommen bleiben unberührt.

(2) Die Leitung wird auf Vorschlag des Senats bzw. der zuständigen Organe der Hochschulen von den Präsidenten bestimmt.

Gleichstellungsbeauftragte, Beauftragter für Behinderte

§ 28 Zentrale und dezentrale Gleichstellungsbeauftragte

(1) An der Hochschule wird zur Wahrnehmung der Aufgaben nach § 7 Abs. 1 BbgHG eine Gleichstellungsbeauftragte (zentrale Gleichstellungsbeauftragte) und bis zu zwei Stellvertreterinnen von den Mitgliedern und Angehörigen der Hochschule gewählt.

(2) Für die Wahrnehmung nach § 7 Abs. 1 BbgHG kann in den Fakultäten und in den Zentralen Einrichtungen eine Gleichstellungsbeauftragte (dezentrale Gleichstellungsbeauftragte) und jeweils eine Stellvertreterin von den Mitgliedern und Angehörigen der jeweiligen Einrichtung gewählt werden.

(3) Die Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule wirken auf die Herstellung der verfassungsrechtlich garantierten Chancengleichheit von Frau und Mann an der Hochschule hin

und nehmen die Aufgaben und Rechte wahr, die sich aus §§ 7 Absatz 1; 66 BbgHG ergeben.

(4) Die zentrale Gleichstellungsbeauftragte ist verpflichtet, dem Präsidenten und dem Senat jährlich über ihre Tätigkeit zu berichten.

(5) Die Amtszeit der zentralen Gleichstellungsbeauftragten und deren Vertreterinnen beträgt vier Jahre. Die Amtszeit der dezentralen Gleichstellungsbeauftragten und deren Vertreterinnen betragen zwei Jahre.

§ 29 Wahl der Gleichstellungsbeauftragten

(1) Die Gleichstellungsbeauftragte und deren Stellvertreterinnen werden von den Mitgliedern und Angehörigen der Hochschule für die Dauer von 4 Jahren gewählt und vom Präsidenten der Hochschule bestellt.

(2) Die Ausschreibung zur Wahl der Gleichstellungsbeauftragten soll spätestens 3 Monate vor Ablauf der Amtszeit der Gleichstellungsbeauftragten erfolgen.

(3) Die Bewerbungsfrist beträgt 2 Wochen. Die Bewerbung muss schriftlich erfolgen.

(4) Die Wahl der Gleichstellungsbeauftragten erfolgt als Persönlichkeitswahl. Jeder Wähler hat eine Stimme. Gewählt ist die Bewerberin, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Stellvertreterinnen sind die Bewerberinnen in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

(5) Die dezentrale Gleichstellungsbeauftragte wird analog den Absätzen 1 bis 4 von den Mitgliedern und Angehörigen der Fakultäten und Zentralen Einrichtungen für die Dauer von 2 Jahren gewählt und vom Präsidenten bestellt.

§ 30 Beauftragter für Behinderte

Der Beauftragte für Behinderte wirkt bei der Organisation der Studienbedingungen nach den Bedürfnissen behinderter Menschen mit. Er hat das Recht auf notwendige und sachdienliche Information sowie Teilnahme-, Antrags- und Rederecht in allen Gremien der Hochschule in Angelegenheiten, welche die Belange der Behinderten berühren. Er berichtet dem Präsidenten jährlich über seine Tätigkeit.

Schlussbestimmungen

§ 31 Ehrungen

(1) Die Hochschule kann an Personen, die sich in besonderer Weise um die Hochschule verdient gemacht haben, die nachfolgend aufgeführten Ehrenwürden verleihen:

- Ehrenmitglied der Hochschule Lausitz und
- Ehrensensator.

(2) Mit den akademischen Ehrungen werden keine akademischen Bezeichnungen verliehen, sie sind auch keine Grade im Sinne des § 27 Abs. 1 BbgHG.

(3) Die Ehrungen begründen keine Mitwirkungsrechte an der Hochschule.

(4) Näheres regelt die Ordnung über akademische Ehrungen.

§ 32 Mitteilungsblatt der Hochschule

(1) Die Satzungen der Hochschule werden in einem amtlichen Mitteilungsblatt der Hochschule verkündet, das vom Präsidenten herausgegeben wird. Das amtliche Mitteilungsblatt kann auch zur Veröffentlichung weiterer Bekanntmachungen und Mitteilungen des Senats und der Hochschulleitung genutzt werden.

(2) Das amtliche Mitteilungsblatt der Hochschule erscheint in schriftlicher und elektronischer Form. Die elektronische Form wird zeitgleich mit dem Erscheinen der schriftlichen Form auf der Homepage der Hochschule veröffentlicht.

§ 33 Inkrafttreten

(1) Die Grundordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im amtlichen Mitteilungsblatt der Hochschule in Kraft. Zugleich tritt die Grundordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.03.2000, geändert durch die Satzung der Änderung der Grundordnung vom 17.07.2000 außer Kraft.

Senftenberg, den 06.12.2010

Prof. Dr. Wolfgang Schröder
Vorsitzender des Senats